56. Kann auf Grund des § 7 Nr. 1 des Reichsviehseuchengesetzes die Einfuhr von Schweinen aus einem an Deutschland grenzenden Lande deswegen verboten werden, weil in einem diesem benachbarten anderen Lande die Maul- und Klauenseuche in bedrohlichem Umfange herrscht?

Gesetz, betr. die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom ^{23. Juni 1860} ^{1. Mai 1894} (R.G.Bl. 1894 S. 410) § 7 Nr. 1.
St.G.B. § 328.

Bereinszollgesetz vom 1. Juli 1869 (R.G.Bl. S. 317) § 134.
Verordnung des Regierungspräsidenten zu Aachen vom 7. Februar 1894 (Amtsbl. S. 96).

V. Straffenat. Urtr. v. 31. März 1908 g. D. V 64/08.

I. Landgericht Aachen.

Gründe:

Der Angeklagte hat nach den Feststellungen des Gerichts im April 1905 13 Spanferkel und am 13. Juni 1905 5 Schweine aus Belgien nach Deutschland gebracht. Der Vorderrichter findet in jedem der beiden Fälle ein Vergehen gegen § 328 St.G.B.'s in Idealkonkurrenz mit Kontrebande (§ 134 des Vereinszollgesetzes). Eine Verurteilung aus § 328 St.G.B.'s oder § 134 V.P.G.'s hat

⁵ Vgl. Deutschr. w. o. S. 14.

aber zur notwendigen Voraussetzung, daß eine Übertretung eines rechtsgültigen Einfuhrverbotes in Frage steht. Das Gericht sieht als solches die Verordnung des Regierungspräsidenten zu Aachen vom 7. Februar 1894 (Amtsbl. S. 96) an. Allein diese landespolizeiliche Anordnung kann als rechtsgültig nicht anerkannt werden. Durch sie wird die Einfuhr von Rindvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen „über die Landesgrenze mit Belgien und Luxemburg“ vom 11. Februar 1894 ab bis auf weiteres verboten. Sie stützt sich, wie im Eingange hervorgehoben ist, auf § 7 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880, betr. die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, und § 3 des dazu ergangenen preuß. Ausführungsgesetzes vom 12. März 1881 und ist erlassen

„mit Rücksicht auf die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in Frankreich“.

Dieser Umstand rechtfertigt aber, wie der Wortlaut des angezogenen § 7 Nr. 1 des Ges. vom 23. Juni 1880 ergibt, den Erlaß eines Einfuhrverbotes aus Belgien und Luxemburg nicht. Denn danach kann, wenn in dem Auslande eine übertragbare Seuche der Haustiere in einem für den inländischen Viehbestand bedrohlichen Umfange herrscht oder ausbricht, die Einfuhr lebender oder toter Tiere aus dem von der Seuche heimgesuchten Auslande . . . verboten werden. . . . Daraus folgt, daß die Einfuhr der bezeichneten Haustiere von Belgien über die Landesgrenze dann hätte verboten werden dürfen, wenn dieses Land in einem für den deutschen Viehbestand bedrohlichen Umfange von der Seuche heimgesucht worden wäre. Ob dies zutrifft, unterliegt zwar ausschließlich der Prüfung der die Anordnung erlassenden Stelle. Allein die Anordnung muß, wie das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung betont hat, sich selbst als eine solche geben, wie sie nach den gesetzlichen Vorschriften erlassen werden darf, damit erkennbar wird, daß sich die Behörde, von der die Anordnung ausgeht, die gesetzlichen Grenzen für die den freien Verkehr erheblich beschränkende Maßregel gegenwärtig gehalten hat. Das Einfuhrverbot, wenn es auf Grund des § 7 des Reichsviehseuchengesetzes erlassen ist, muß deshalb einer als tatsächlich vorhanden angenommenen konkreten Seuchengefahr in erkennbarer Weise entgegnetreten wollen und zu diesem Zwecke die in Betracht kommende Seuchengefahr selbst konstatieren. Daß aus Belgien eine Seuchen-

gefahr drohe, ist aber nicht festgestellt. Der Hinweis auf die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in Frankreich, wenn man ihn zur Konstatierung einer Seuchengefahr für ausreichend halten will (vgl. Entsch. des R.G.'s in Strassf. Bd. 36 S. 359), kann aber nur dahin verstanden werden, daß aus Frankreich dem inländischen Viehbestande Gefahr drohe. Dies hätte nach dem Wortlaute des angezogenen § 7 zum Erlaß eines Einfuhrverbotes aus Frankreich berechtigt, wobei es dahingestellt bleiben muß, ob und inwieweit ein solches Verbot, da der Regierungsbezirk Aachen an Frankreich nicht grenzt, und es sich deshalb dabei nur um den aus Frankreich durch Belgien hindurch stattfindenden Durchgangsverkehr handeln könnte, durchführbar und zweckentsprechend gewesen wäre; nimmermehr kann mit jener in Frankreich herrschenden Gefahr ein allgemeines Einfuhrverbot aus dem anscheinend unverdächtigen Belgien begründet werden. Allerdings könnte durch eine Einfuhr aus Frankreich nach Belgien dessen Viehbestand von der Seuche ergriffen werden und der letztere dann bei einem Offenbleiben der Grenzen auch dem unserigen Gefahr drohen. Nahm der Regierungspräsident dies an, so war der belgische Viehbestand der für Deutschland gefährliche und hätte als solcher ausdrücklich bezeichnet werden müssen. Solange aber der belgische Viehbestand nicht selbst von der Seuche „in einem für den inländischen bedrohlichen Umfange“ heimgesucht war, kam nur die Möglichkeit einer Verschleppung der Seuche aus Frankreich durch Belgien hindurch nach Deutschland als Grund für den Erlaß eines Einfuhrverbotes aus Frankreich in Betracht. Inwieweit jedoch auf diesem Wege die Gefahr einer Seucheneinschleppung bestand, hing zunächst von den Abwehrmaßregeln der belgischen Regierung ab. Eine abstrakte Möglichkeit aber, daß unser Viehbestand von einer Seuche angesteckt werden könnte, reicht, wie das Reichsgericht gleichfalls bereits wiederholt ausgesprochen hat, zu dem Erlaß irgend welcher polizeilichen Maßnahmen nicht aus (vgl. Entsch. in Strassf. Bd. 38 S. 59).

Infolge der Ungültigkeit der erwähnten Verordnung vom 7. Februar 1894 kann aber die Verurteilung des Angeklagten aus § 328 St.G.B.'s und § 134 W.B.G.'s nicht aufrecht erhalten werden. . . .